

# **DIE LINKE. Sachsen**

## **Landesvorstand**

### **Niederschrift der Landesvorstandssitzung vom 16. Juni 2017**

Ort: Dresden, HdB

#### **Anwesende Mitglieder:**

Anja Eichhorn, Antje Feiks, Rico Gebhardt, Stefan Hartmann, Tilo Hellmann, Jayne-Ann Igel, Heiko Kosel, Marianne KÜng-Vildebrand, Silvio Lang, Tilman Loos, Jenny Mittrach, Sören Pellmann, Sabine Pester, Jana Pinka, Bernd Spolwig, Dagmar Weidauer,

#### **Entschuldigte Mitglieder:**

Lars Kleba, Jörn Wunderlich, Steffen Juhran, Susann Schöniger, Claudia Jobst

#### **Gäste / MitarbeiterInnen:**

Alex Jahns (MA Wahlkampfmanager), Caren Lay (MdB), Torsten Steidten (Mitglied Landesrat), Andrea Kubank (Sprecherin Landesrat), Christin Löchner (Gast)

#### **Erstellung der Niederschrift:**

Katharina Hanser & Robert Wünsche

#### **Vorgelegte Drucksachen / Unterlagen / Niederschriften zur Information:**

##### Unterlagen:

- Zeitplan Beratung LaVo 16.06.17
- Vorbereitete Papiere im Rahmen der BTW 2017 zum Thema:
  - DS 5-225-1 Asyl & Migration
  - DS 5-249-1 Sozial- & Arbeitsmarktpolitik
  - DS 5-250-1 Ostdeutschland
  - DS 5-251-1 Mieten & DS 5-276 Änderungsanträge
- DS 5-253-1 Satzungsänderungen resultierend aus dem 13.LPT in Neukieritzsch
- DS 5-257 Delegiertenschlüssel Bundesparteitag 2018/2019
- DS 5-258 Delegiertenschlüssel Landessenior\*innenkonferenz 2018/2019
- DS 5-281 Personalentscheidung – Stellenbesetzung Wahlkampfstelle
- DS 5-280 Stand Wahlkampf vorbereitungen
- DS 5-275 Unternehmensspende KV Vogtland

##### -Umlaufmappe:

- „DISPUT“ Mai 2017
- „Mittelsächsische LinksWorte“ Nr.117, 17.05.17
- „Der klare Blick“ Nummer 309, Mai 2017
- „NewsUpdate“ Kulturbüro Sachsen e.V., Ausgabe 5
- „Mitteilungsblatt“ DIE LINKE Leipzig, Ausgabe 05/2017
- „Mitteilungen“ der Kommunistischen Plattform, Heft 6/2017
- „DIE LINKE im Kiez“ Stadtteilzeitung Leipzig-West, 2016
- „LiLi“ DIE LINKE Limbach, Nr. 391, 6/2017

**Tagesordnung:**

1.	Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Protokolle 07.04.2017 & 28.04.2017	
2.	Beschlussfassung zu den im Rahmen der BTW 2017 vorbereiteten Papiere zum Thema Mieten, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Ostdeutschland und Asyl & Migration	DS 5-251-1, DS 5 - 276, 249-1, 250-1, 225-1, 279
3.	Beschluss über Delegiertenschlüssel Landessenior*innenkonferenz und Bundesparteitag 2018/2019	DS 5-258 / DS 5-257
4.	Satzungsänderungen resultierend aus dem 13. LPT in Neukieritzsch	DS 5 - 253-1, DS 5 - 278
5.	Einschätzung / Auswertung Bundesparteitag	
6.	Unternehmensspende KV Vogtland	DS 5 - 275
7.	Sonstiges	
8.	Finanzen	DS 5 - 277
9.	Personalentscheidung - Stellenbesetzung Wahlkampfstelle (geschlossene Sitzung)	DS 5 - 281
10.	Stand Wahlkampf vorbereitungen	DS 5 - 280

**TOP 1 Eröffnung / Beschluss über die Tagesordnung / Protokolle 07. April & 28. April 2017**

Eröffnung durch Antje Feiks

- Protokolle bei einer Enthaltung einvernehmlich bestätigt

**TOP 2 Beschlussfassung zu den im Rahmen der BTW 2017 vorbereiteten Papiere zum Thema Mieten, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Ostdeutschland und Asyl & Migration**

DS 5-251-1 Mieten & DS 5-276 ÄA von Dorothea Wolff:

- Übernahme und Teilübernahme von Dorothea Wolff; 276 muss nicht groß besprochen werden; Änderungen sind kursiv

Caren Lay:

- bei Diskussionen bereits positives Feedback vom Landesvorstand & Kreisvorsitzenden erhalten; Beschreibung der Situation in Sachsen: Zuspitzung in den Vororten, Leerstand in Dörfern, anhaltende problematische Situation in Kleinstädten (Bsp.: Studenten - keine 1R.-Wohnungen oder Wohnheimplätze → Handlungsbedarf)
- Erklärung zum Papier, da es Missverständnisse gab zu Zielen; Idee zum wohnungspolitischen Papier ist alt, aufgrund aktueller Diskussionen nun ein gemeinsames Papier mit Enrico Stange (trotz teilw. verschiedener Auffassungen)
- Erklärung der ursprünglichen Intention für „konzeptionelles Neuland“, da bisher keine Formulierung in Sachsen, kein vorhandenes flächendeckendes Konzept und keine Formulierung von anderen Parteien.
- es wurde viel Arbeit investiert (Treffen mit Partei, Kreisverbänden, Geschäftsführern kommunaler Wohnungsunternehmen und Genossenschaften); es bestand die Annahme zur Vorstellung bei der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden; positiv sind das Angebot und der Vertrauensbeweis zu Beschluss des Papiers bei der Landesvorstandssitzung.
- Wunsch, damit nach außen zu wirken auf dem Landesparteitag (LPT), da viele Anknüpfungspunkte zu Mietervereinen, Von-Unten-Bewegungen und Wohnungswirtschaft (eher Basis, den Verbänden gehen Forderungen häufig zu weit) bestehen
- viele Vorschläge von Thea Wolff wurden redaktionell übernommen - im Kern gab es große Übereinstimmungen - auch zu Kosten der Unterkunft (nehmen an Bedeutung zu und gleichen eher reinem Verwaltungsakt)
- Idee zur Einbringung auf dem LPT, da DIE LINKE mit der Thematik punkten kann

### Aus der Diskussion:

- gutes ausführliches Papier. Anmerkung Zeile 64: Zustimmung Formulierung Zentrum für Reiche, aber nur bedingt bei Formulierung Ränder für Arme (Bsp. Wohnraum Dresden im Zentrum, 1A-Lage in Loschwitz); Zustimmung von Caren - es erfolgt redaktionelle Anpassung.
- Tendenz liegt vor und Formulierung stimmt, wenn Zentrum als Stadtmitte definiert wird; 2. LPT ist fragwürdig, aber Verständnis für Anliegen und Wichtigkeit; Zeit ist knapp mit zusätzlichen Wahlen (Bsp. zu SÄA bei LPT); Frage: Wieso kann die gemeinsame Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden nicht stattfinden aufgrund zu weniger Rückmeldungen?
- Thematik wird auch in weiteren Wahlen wichtig sein, daher sollte Beschluss beim LPT erfolgen; Wohnungsfrage wird DIE LINKE inhaltlich lange beschäftigen, aber LPT mit Blick für Weichenstellung der Wahlen 2019 ungeeignet, da andere Schwerpunktsetzung vorliegt - Vorschlag zum Landesentwicklungskonzept (mit Blick auf Landeswahlprogramm).

### Antje:

- Klärung zur Absage der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden: Es kamen mehrere Mails mit Entschuldigungen, bei der Abfrage gab es nur 15 Rückmeldungen; Entscheidung zur Absage der Beratung, da zu kostenintensiv und Gefahr zu groß, mit 20 von 80 zu beraten
- Papier sollte heute beschlossen werden; Papiere kann man fortschreiben und für den BTW-Kampf mit nutzen, da Beschlüsse sich mit Blick auf Wahlkampf immer gut für Materialienherstellung (bzgl. Quellen und Inhalte) eignen; Festlegung ungern auf LPT, da auch andere Papiere beschlossen werden wollen (Bsp.: LAG Asyl und Migration, Arbeit und Ostdeutschland); Enrico Stange steht für Veranstaltungen im Rahmen des BTW-Programms zur Verfügung (und Caren Lay bei freien Kapazitäten)
- Landesentwicklungskonzept: es gibt ein sachsenspezifisches Papier und Diskussionsbedarf dazu, daher der Vorschlag zur Einbringung.
- Vorschlag: Punkt 1+2 beschließen und den Rest bei Parteitagsvorbereitung bereden unter dem Aspekt der Gleichbehandlung aller Papiere und politischer Einschätzung; Punkt 2 erfordert Zuarbeit für Übersichten und Rückmeldungen, da die Geschäftsstelle dies nicht leisten kann
  
- positive Anmerkung, dass an Studentenwohnheime gedacht wurde mit dem Hinweis: Zeile 556/557 - „2,8 Mio. Studierende“ ist vermutlich Bundeszahl, Landeszahlen sollten genommen werden - Caren: es erfolgt eine Überprüfung der Zahlen; Formulierung „Zentren“ wird beibehalten und „Ränder“ gestrichen; viel recherchiert und offen für weitere Hinweise
- 3 Papiere wurden als Schwerpunkte und Ergänzungen mit eingebracht für das Bundestagswahlprogramm, daher Erstaunen über erneute Abstimmung; Weiterverfolgung als Schwerpunkte sowie zur Vorlage beim LPT
- Unstimmigkeiten bei vorliegenden Papieren - Beschlussvorschlag stimmt nicht
- Erklärung Antje: Der Beschlussvorschlag war da, es gab eine Abstimmung mit Enrico Stange; der andere Beschlussvorschlag wurde formuliert und dann der Ursprüngliche genommen
- 3 Dinge sind zu berücksichtigen: Thema Mieten und Wohnen spielt bei der Bundestagswahl eine große Rolle (entscheidend in Großstädten), Multiplikatoren sollten mit einbezogen werden (Initiativen in Kreisen und Städten, Zugang durch Fachthemen sind gegeben) und Beschluss beim LPT
- bei der ursprünglichen Planung bleiben, die Papiere als Diskussionsgrundlage zu beschließen
- der Landesvorstand trägt auch eine Gesamtverantwortung
- die Planung für Inhalte des Landesparteitages nicht in heutiger Sitzung, sondern als Prozess anstoßen (Diskussion mit Kreisvorsitzenden, Landesrat u.a.); beispielsweise als Beschluss einer Zeitleiste, wann was diskutiert werden soll
- Unverständnis und Frage hinsichtlich der Problematik mit den Beschlussvorlagen; Hinweis auf die Geschäftsordnung; Beschluss sollte sich nach einem vorhandenen Zeitplan richten und andere (frühere) Anträge ebenfalls mit einbeziehen; die Signalwirkung auf dem LPT ist fraglich, da von anderen Sachen überlagert
- Präsentation mit Themen auf dem Landesparteitag; Fachthematik kann auch verständlich inszeniert werden (Hinweis kommunale Vertreter und Akteure) und ist zudem auch Basisarbeit
- Klärung Frage Beschlussvorlage: Beschlussfassung sollte auf der gemeinsamen Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzenden stattfinden; da die Beratung nicht stattfindet erfolgte der Vorschlag zu einem Beschluss der Papiere durch den Landesvorstand

- Zustimmung zur Nutzung als Diskussionsgrundlage und Chance in die Öffentlichkeit zu kommen; Möglichkeit zur Verabschiedung bei gemeinsamer Beratung von Landesvorstand, Landesrat und Kreisvorsitzende im Dezember ist gegeben
- Thema ‚Migration‘ ist kein Konkurrenzthema zum Thema ‚Mieten‘; es gibt an vielen Stellen auch Synergien bei den einzelnen Themen; das Mietthema ist ein Fortschreibungspapier, gerade durch die fortlaufende Interaktion mit verschiedensten Akteuren
- Wahlen und Satzungsfragen sind Parteiinterna, man sollte ein oder zwei Themen in die Diskussion mit einbringen; die Thematik Mieten wird auch zu den Kommunalwahlen und Landtagswahlen brisant werden, deshalb sollte man rechtzeitig politische Botschaften setzen
- die Mietsituation ist sehr angespannt, gerade für die geringeren Einkommen; man könnte auch das Papier von Sabine Zimmermann einbringen als gute Ergänzung
- Öffentlichkeitsarbeit heißt nicht, so viele Inhalte wie möglich in einen Parteitag reinzupacken; weiterhin sollte man nicht 1.000 Mal das Gleiche in die Anträge reinschreiben, was schon immer in Anträge geschrieben wurde
- „Ist ein Papier versenkt, wenn es ein Papier ist?“; man ging davon aus, dass es medial auch präsentiert wird, wenn es beschlossen wird
- Änderungsvorschläge für Konsensfindung:
  - auf einem der nächsten Landesparteitage behandeln (spätestens 2018)
  - Einflechtung ins alternative Landesentwicklungskonzept
- Antrag für Punkt 3: Einfügung „spätestens 2018 oder auf dem sogenannten ‚Kleinen Parteitag‘“ (oder wie auch immer das nach den Satzungsänderungen heißen wird); es soll auch die zusätzliche Option gegeben sein.
- Abstimmung Punkt 3) mit Ergänzung von Tilman: 9 / 3 / 2 - MH beschlossen
- Abstimmung 1 - 5 außer 3) einstimmig beschlossen

#### DS 5-249-1 Sozial- & Arbeitsmarktpolitik:

- das Papier von Susanna Karawanskij behandelt prekäre Arbeitsverhältnisse sehr gut; in dem Papier von Sabine Zimmermann könnte es einen Verweis auf Susanna Karawanskij's Papier geben
- ein Verweis ist ausreichend und sinnvoll.
- beide Papier sollten beschlossen werden; Verweise oder Fußnoten auf das jeweils andere Papier sind nicht zwingend notwendig, da beides beschlossen wird
- im Kern prinzipiell richtig, aber es könnten externe Leute das Papier lesen und sich wundern, dass bestimmte Teilaspekte nicht behandelt werden; Vorschlag: Fußnote auf Zeile 18 (Spaltung Arbeitsmarkt) mit Verweis auf Zeile 18 Susanna Karawanskij's Papier
- Wie soll mit den Papieren weiter verfahren werden? Dies erfolgt in gemeinsamer Absprache mit Sabine.

Abstimmung: MH / 0 / 0 - einstimmig beschlossen (mit Fußnote)

#### DS 5-250-1 Ostdeutschland:

- Hinweis bei Text „verwahrlosen“ in entvölkerten Regionen ist eher ungünstige Formulierung
- die 4 Worte in Zeile 98 sollten gestrichen werden, die Aussagekraft bleibt dennoch weiterhin erhalten

Abstimmung: MH / 0 / 0 - einstimmig beschlossen.

#### DS 5-225-1 Grundsatzpapier Asyl & Migration:

- Anja Eichhorn: es wurde ein Grundsatzpapier mit der LAG Migration erstellt; das Papier soll an Bündnisse weitergegeben und kommuniziert werden; für den Wahlkampf werden beschlussfähige Positionen gebraucht; die endgültige Ausarbeitung ist noch im Prozess und dient der Schärfung
- Andrea Kubank: es wird versucht das Ganze nach außen zu tragen und andere Bündnisse anzusprechen, daher Beschluss als Grundlage für weitere Prozesse

#### Aus der Diskussion:

- Zeile 147: Aufnahme der Hochschulbildung; es fehlt die Formulierung, dass MigrantInnen ihre (bereits

vorhandene) Lehrerfahrung mit einbringen können - Hinweis: Ausformulierung zu „bereits anerkannte Abschlüsse von MigrantInnen“ sowie vielfältige Ansätze zur Verhinderung von Diskriminierungen (Barrierefreiheit u.ä.)

- Einladung Torsten für LAG-Sitzung; es besteht der Wunsch, das Thema in einer breiten Diskussion zugänglich zu machen

→Einschub TOP 4, da Torsten sich zeitlich nach ÖPNV richten muss und der Landesrat sich ebenfalls mit der Thematik beschäftigt hat – angenommen (siehe unten)

#### Weiter in der Diskussion:

- gute Ausformulierungen im Papier; Hinweis: Zeile 51ff. bis 63: Umformulierung „gesellschaftliche Überalterung“ und gibt es eine Verifizierung für die Aussage, dass MigrantInnen im ländlichen Raum eine Bleibeperspektive erhalten? Viele möchten auch zu Familien und Angehörigen ziehen und zudem besteht die Problematik der rechtsradikalen Tendenzen im ländlichen Raum.

- Hinweise zu kleinen Fehlern und Formulierungen (Änderung Zeile 7+8; Streichung Zeile 17+18 Bsp. „pluralistische Lebensleistungen“; Zeile 43 ändern; Zeile 68: Ersetzung „Alle“ durch „Viele“; Zeile 72 ändern, Zeile 78, Zeile 209+210 scheint nicht untersetzt

- Hinweis auf Zeile 224: formal kann für LAG nicht mit beschlossen werden

- Änderung Beschlussvorschlag: Punkt 1 zu „der Landesvorstand beschließt das Grundsatzpapier der LAG...“ + Punkt 2 zu „der Landesvorstand bittet die LAG an der Meinungsbildung...“, da der Diskussionsprozess weiter in den Händen der LAG & den Kreisverbänden liegen sollte

- Hinweis zu Thematik ländlicher Raum: es gibt Beispiele dafür; Erklärung Thematik und Gespräche Wohnsitzauflagen bei der Willkommenspreisverleihung der Fraktion am Mittwoch. LINKE ist gegen Wohnsitzauflagen, aber ländlicher Raum soll gestärkt werden; hier liegt ein Spannungsverhältnis vor; „Irgendwann müssen wir auch konsequent sein“

- Erklärung zu den Formulierungen „pluralistische Lebensleistungen“ und „interkultureller Austausch“

- Vorschlag: Klärung der Änderungsanträge durch LAG-Mitglieder in der Pause, danach Abstimmung

- „Chancen im ländlichen Raum“ ist eher schwammig formuliert; es soll keine Forderung bzw. gezielte Steuerung sein „Flüchtlinge aufs Land“ sondern eine Chance, für ALLE im ländlichen Raum; Hinweis praktische Erfahrung Projektanträge: bisher keinen Fall mit Rückforderungen erlebt

- momentan spielt uns die Wohnsitzauflage in die Hände, es gibt Familien, die auch dableiben wollen beispielsweise in Bautzen

→ Einschub Abstimmung Delegiertenschlüssel Landessenior\*innenkonferenz und BPT, dann Pause - danach Abstimmung Asyl & Migration

→ da Diskussion anhält, weiter mit TOP 5 Auswertung BPT

#### Weiter in der Diskussion:

- Änderungen: Zeile 1; Zeile 7 grammatikalische Änderung; Zeile 17 „interkultureller Austausch“ bleibt bestehen; Zeile 18: Änderung „pluralistisch“ in „vielfältig“; Zeile 43/44: „kritisch“ wird zu „gesellschaftskritisch“ geändert; Zeile 53/54 Änderung in „Überalterung der Gesellschaft“; Zeile 68: Übernahme „viele“ statt „alle“; Zeile 79-81: Vorschlag wird nicht übernommen - zurückgezogen; Zeile 72: Vorschlag wird angenommen; Zeile 147: Übernahme als „zu allen Formen der Bildung“, Zeile 224: LAG fällt raus, da bereits Bestandteil, Zeile 209/210 bleibt drin

Abstimmung Zeile 17: Tilman will alles gestrichen haben: 1 / MH / 3 - MH abgelehnt

Abstimmung Zeile 18: Ersetzung „pluralistisch zu vielfältig“: MH / 0 / 4 - MH angenommen

Abstimmung Punkt 1: „Landesvorstand beschließt“ (nicht begrüßt) / „Landesvorstand bittet LAG...zu begleiten“

Gesamtabstimmung Papier: MH / 0 / 1 - einvernehmlich beschlossen

**Einschub TOP 4 Satzungsänderungen resultierend aus dem 13. LPT in Neukieritzsch**

#### Satzungsänderungen DS 5-253-1 & ÄA DS 5-278:

- ÄA Landesrat: Bitte von Dieter den Punkt erst in kommender Sitzung zu behandeln, da Landesrat erst am 05.08. die Beratung hat; viele Punkte sind selbsterklärend in dem Antrag

#### Aus der Diskussion:

- hilfreich sind die fachlichen und formellen Änderungsvorschläge im ÄA; Diskussionsbedarf wird an 2 Stellen bestehen (Varianten und Regelung der Mehrheiten) - der Kreisparteitag könnte sich beispielsweise für eine Variante entscheiden
- es wurde auf einen eklatanten Fehler hingewiesen, der durch das Herauskopieren aus der alten Fassung zustande kam
- §32 NEU könnte zu emotionalen Debatten führen, beinhaltet aber an sich nur die Namensgebung
- Torstens Vorschlag ist im Kern besser als bisherige Regelung - vielleicht lässt sich ein Konsens finden
- Dank an den Landesrat für die konstruktive Beteiligung mit dem Papier
- Bitte zur Anwesenheit von Antje bzw. Tilman in der Augustsitzung des Landesrates; Teilnahme Antje und Stefan, da Tilman nicht kann
- dem Landesrat liegt die Sache am Herzen und es wurde viel Arbeit reingesteckt; zeitlich würde es mit den Sitzungen von Landesrat und Landesvorstand passen; die Tagesordnung der Landesratssitzung wird in der kommenden Zeit festgelegt
- zu §14 Zusammensetzung LPT: Die Zusammensetzung soll unverändert bleiben; auch wenn es viele gute Argumente gibt für eine Verkleinerung - bitte dabei auf die Proportionalität achten (wenn eine Reduzierung, dann gleichmäßig); Verweis auf die Handhabung bei Bundesebene und Vergleich der Zahlen; Zusammenschlüsse spielen für inhaltliche Debatten beim LPT keine unwesentliche Rolle
- Nachvollziehbarkeit der Anmerkungen und Vorschläge ist gegeben; fachliche Sachen werden eingearbeitet bzw. übernommen; Frist bleibt ebenfalls gewahrt
- Bitte des Landesrates: Änderungen eine Woche vor der Landesratssitzung fertigstellen. Zustimmung von
- Zusage zur rechtzeitigen Versendung des überarbeiteten Papiers - Beschluss des Landesvorstandes erfolgt nach der Debatte im Landesrat

#### **TOP 3 Beschluss über Delegiertenschlüssel Landessenior\*innenkonferenz und Bundesparteitag 2018/2019**

##### DS 5-258 Delegiertenschlüssel Landessenior\*innenkonferenz 2018/2019:

- 60. Lebensjahr muss erreicht sein
- Kreisverbände wählen VertreterInnen
- Wahlbeginn im 01.07.2017 und Abschluss bis 01.04.2018 (Einladungsfrist)

Beschluss: MH / 0 / 0 - einstimmig beschlossen

##### DS 5-257 Delegiertenschlüssel Bundesparteitag 2018/2019:

- Kreisverbände wählen die Delegierten
- laut Satzung 4 Wochen vorher Abschluss
- 72 Mandate anhand der Mitgliederzahlen (2 weniger aufgrund der Mitgliederzahlen)

Beschluss: MH / 0 / 0 - einstimmig beschlossen

- Hinweis: scheint formal nicht ganz zu stimmen, da an dem Passus nichts geändert wurde - dies wird nochmal kontrolliert

#### **TOP 5 Einschätzung / Auswertung Bundesparteitag**

- formal wurde der Auftrag erfüllt; die Antrags- und Redaktionskommission hatte große Sorge bezüglich des Zeitplanes gehabt, da viele ÄA vorlagen; „Skurrile“ Debatte zum Thema Kirchenstaatsverträge kostete Zeit
- oft ist es eine Frage des Blickwinkels wie man auf einen Bundesparteitag schaut - laut Presse bis Samstag klare Absicht zur Regierungsbeteiligung, mit Sahras Rede dann nicht mehr, diese Ansicht wird nicht geteilt
- der Kirchenantrag zeigt wie wichtig es ist, dass die Landesverbände sich damit beschäftigen; wünschenswert wäre eine echte Debatte gewesen; Partei wird „erwachsener“ und die Entwicklung geht in die richtige Richtung; gute Performance als Landesverband (nicht nur ÄA, auch in der Kommunikation untereinander) - auf dem Niveau bleiben
- Live-Stream hat früher keinen Spaß gemacht, dieser Stream war sehr professionell; Europa-Antrag war ein MUSS; DIE LINKE kann Visionen entwickeln; Antrag von Hamburg war sehr „unglücklich“ formuliert
- der Laizismusantrag hat vieles zusammengeführt, wenn auch nicht als Ganzes; Europapolitische Debatte: Personell aufeinander zuzugehen zur Findung eines Konsens; Debatte hat gezeigt, wenn es zielgerichtet geführt wird, dann kommen mehr Wortmeldungen
- leider fielen Delegiertenbesprechungen aus; Unverständnis für „obskure“ Resolutionen die verabschiedet wurden ohne eine Abstimmung; Behandlung der Verantwortlichkeiten wurde vergessen
- Bundeskongress Jugendverband ist in der Geschäftsordnung geregelt und genau definiert - Überlegung für neuen Antrag GO
- Titel haben Öffentlichkeitswirkung und werden von Agenturen ausgearbeitet
- unverständlich, dass man vom eigenen Landesverband und anderen LV (und ARK) angezählt wird
- Anträge zu stellen, dabei wurden zu dem Zeitpunkt bereits 80 übernommen
- sollte selbstverständlich sein, dass man auch miteinander (untersch. Antragsteller) darüber debattiert
- Angst vor Diskussionen ist unberechtigt (wurde in Vergangenheit zum Teil verhindert) - man muss einen Meinungsbildungsprozess betreiben; Großteil der Anträge wurde angenommen
- 3 Mitarbeiter waren ehrenamtlich auf Anfrage mit anwesend; für die Zukunft: besser verteilen, zeitlichen Vorlauf und Strukturiertheit (Antje spricht mit Bundesgeschäftsstelle)
- teilweise fehlten wichtige Akteure

#### **TOP 6 Unternehmensspende KV Vogtland DS 5 – 275**

- Spolle: dies ist bereits die zweite Spende; da bei Unternehmensspenden Landesvorstand abstimmen muss, kam die Bitte vom Kreisverband Vogtland - es sind keine Gegenleistungen damit verbunden

MH / 1 / 0 → MH beschlossen

#### **TOP 7 Sonstiges**

- Wie ist der Stand zur Eingruppierungsgerechtigkeit?
- ist in Arbeit

#### **TOP 8 Finanzen**

- Spolle: Bericht konnte nicht eher nicht vorgelegt werden, u.a. aufgrund der neuen Stellenbesetzung in der Buchhaltung; Zahlen besser als erwartet; es ist positiv, dass die Kreisverbände die Ressourcen haben, um einen Wahlkampf zu führen und die nächsten Jahre zu überstehen; bei Einzelnen wird man im kommenden Jahr darüber reden müssen; Beitragssäumige wurden mit in die Übersicht reingenommen

#### **TOP 9 Stand Wahlkampf vorbereitungen**

Alex Jahns berichtet:

- noch 100 Tage zur BTW
  - Auslieferung Material/gedruckte Sachen ab 28.07. - kann bis zu 7 Tagen dauern, bis es in den Kreisen ankommt
  - 3 verschiedenen Plakatarten (Themen-, Personen-, Spitzenteam)
  - Wahlzeitung Auslieferung ab 11.08.
  - Klärung bzgl. Themenplakate: da Bedarf größer als vom Bund zur Verfügung gestellt
  - Plakate mit kurdischen GenossInnen: DIE LINKE + HDP sowie Sorbisches Material
  - Touren: Kochtour („moderner Klassiker der sächs. Touren“) → 2 Wellen (bis zu 60 Termine, die realisiert werden können)
  - keine Anmeldungen für KandidatInnen-touren
  - Truck-Tour: wir haben das WE vor der Wahl bekommen (3 Termine in Leipzig, Chemnitz und Meißen)
  - Frauenwahlkampf: wird erst beim Wahlplenum als Idee vorgestellt (also keine Frauentour sondern frauenthematische Schwerpunkte)
  - Promi-Touren von Bundespartei wird es nicht geben
  - zentraler Wahlkampfabschluss am 21.09. in Leipzig (Zusagen von prominenten Politikern - Sahra W., Dietmar B. und evtl. Bodo R.
  - Infostände: Dreiecksständer und Zylinder-Abfrage
  - Logistik steht für Wahlkampfmaterialien in Sachsen
  - Formalien: Einreichung der Landesliste am 30.6.
  - finanziell liegt man im Plan
- 
- genaue Ausgaben werden nochmal als Überblick weitergegeben
  - Hilfsangebote für Bundestagswahlkampf bitte an Alex Jahns
  - Wie ist der Stand zur Wahlkampf-App?: ist im Zeitverzug, aber alles noch im Rahmen; es kommt eine Beta-Phase zum Testen und es sind die Features drin die vereinbart wurden (Mapping u.ä.) und Plattformen (iOS, Android und als WebApp)
  - es wird Schulungen geben für das Backend der App (Einführung dauert etwa 1 h) - im Kampagnentool laufen alle Informationen zusammen
  - irgendwann müssen wir auch mit Apps anfangen - Bsp. mit einer verbesserten App zu den Landtagswahlen 2019

#### **TOP 8 Personalentscheidung - Stellenbesetzung Wahlkampfstelle - geschlossen -**

Abstimmung:

→ einstimmig beschlossen

F.d.R.

Dresden, den 16. Juni 2017



Antje Feiks - Landesgeschäftsführerin